Mittwoch, den 5. April.

Thorner  Zeitung.

Nro. 82. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations=Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1871.

Telegraphische Depesche der Thorner Zeitung.

Angekommen den 4 April Nachmittags 1 Uhr.

Paris, den 3. April Abends. Die Correspondenz Havas meldet: Die Aufständischen begannen heute Morgen die Versailler Truppen anzugreifen u. zwar von St Cloud aus und gingen auch gleichzeitig von Sevres, Bellevue und Valfleury aus vor. Die Versailler Artillerie scheint bei Meudon das Feuer eingestellt zu haben. Die Aufständischen operiren in 3 Corps von Montrouge, Issy und Vanvre aus gegen Versailles in einer Gesammtstärke von 110,000 Mann mit 200 Geschützen.

Deutscher Reichstag.

Die 10. Plenarsitzung am 3. April eröffnete Präsident Dr. Simson mit geschäftlichen Mittheilungen. Das Haus ist, namentlich auf der linken Seite, sehr stark besetzt, die Tribünen sämmtlich überfüllt; am Bundesrathstische Fürst Bismarck, Minister v. Lutz, v. Pfretzschner, v. Mittnacht u. a.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident Mittheilung von dem Empfange der Adreßdeputation bei dem Kaiser.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der redigirten Verfassung. Zu dem Reichensperger'schen Antrage betr. Einführung der Grundrechte nimmt zunächst das Wort:

Frhr. v. Ketteler (Mainz). Treitschke habe den Reichstag gewarnt, Gesetze zu geben, welche die Bischöfe zu Rebellen machen; möge der Reichstag aber auch nicht Gesetze schaffen, welche Rebellen gegen Gottesgesetze hervorrufen, dann würden die Katholiken niemals Rebellen gegen Landesgesetze sein, sondern sich bemühen, mit allen treuen Söhnen des Vaterlandes zu wetteifern in treuer Befolgung der Landesgesetze. Auch in der Verfassung müsse die Achtung vor der Religion und der religiösen Ueberzeugung des deutschen Volkes in irgend einer Weise zum Ausdruck gebracht werden, und dazu sei der Antrag Reichensperger vorzüglich geeignet.

Graf Renard (Cosel) befürwortet den von ihm gestellten Antrag auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung. Jede Partei wolle gewiß die freie Kirche im freien Staat, und deshalb habe er geglaubt, es sei weder recht noch schicklich, den Reichenspergerschen Antrag todtzuschweigen oder ihn durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung abzuwerfen. Was ihn und seine Partei bewogen, gegen den Antrag aufzutreten, sei die Treue gegen die mit den Südstaaten geschlossenen Verträge, denn nur durch Treue komme man zur Einheit u. Freiheit.

Prof. Greil (Passau). Der Antrag Reichensperger involvire weder die Verletzung der bestehenden Verträge, noch eine Competenzerweiterung des Reichstages, da die Verfassung das Vereins- wie das Preßgesetz der Competenz des Reichstages unterstellt. (Sehr wahr.) Wir wollen auch nicht, daß das gesammte Kirchenwesen der staatlichen Gesetzgebung überwiesen werde, wir wollen beispielsweise nicht, daß die vertragsmäßige Regelung der Kirche in Bayern unter der Reichsgesetzgebung leide. Ich habe mich dem Anschluß Bayerns an das Reich bis zum letzten Augenblick widersetzt, (Hört, Hört!) aber jetzt, wo es doch dazu gehört, werde ich stets für den freiheitlichen Ausbau der Verfassung wirken, und dazu gehört vor allen Dingen die gegenseitige Achtung der verschiedenen Confessionen. Ich habe vor der Wahl kein öffentliches Programm abgelegt, weil ich meinen Wählern freie Hand lassen wollte; (Heiterkeit!) nachher sprach ich mich jedoch dahin aus, daß ich stets gegen das irgend einer Confession angethane Unrecht auftreten werde. Man hat gesagt, der Kampf der uns bevorsteht, sei der des germanischen Geistes gegen römische Herrschaft, und aus den Zeitungen geht hervor, daß damit die Unterdrückung des Katholicismus gemeint sei, (lebhafter Widerspruch!) — m. H. ich kann die Beweise beibringen, habe sie aber augenblicklich nicht bei mir, (Heiterkeit!) so liegt die Befürchtung nahe, das ein großer Bruchtheil der deutschen Bevölkerung in ihren heiligsten Rechten gefährdet ist. Auch der Ausspruch, es herrsche ein Gegensatz zwischen Kirche und Staat, enthält für die Katholiken die Gefahr, daß die Kirche durch den Staat beeinträchtigt werden solle. Alle diese Befürchtungen können nur durch die Freistellung der Religionsgesellschaften niedergeschlagen werden, zugleich die größte Garantie gegen die Vergewaltigung der Freiheit überhaupt.

Dr. Löwe (Bochum) konstatirt; daß die Katholiken von dem Grundsatze der Glaubenseinheit des Staates ganz abgesehen haben, daß sie die vollständigste Freiheit des religiösen Bekenntnisses fordern. Damit stimme er vollkommen mit dem Bischof von Mainz überein. Aber warum beschränken sich denn die Herren dieses Gebietes so sehr? Warum fordern sie nicht die Trennung der Schule von der Kirche, warum haben sie die Vergewaltigung der protestantischen Kirche in Preußen unterstützt? Wenn sie durchaus Grundrechte haben wollen, warum begnügten sie sich mit denen der preußischen Verfassung, warum griffen sie nicht auf die Frankfurter Grundrechte zurück, welche die religiöse Freiheit doch in viel größerem Maße garantirten? (Sehr gut!) Warum stellen sie nicht die Forderung der Civilehe ebenfalls in den Vordergrund. (Sehr wahr!) Sie berufen sich auf die Gesetze Gottes, aber wer sagt uns denn, was die Gesetze Gottes sind, ist denn darüber nicht der größte Streit entstanden? (Sehr wahr!) Wollen Sie die vollständige Freiheit der Religion, ein wirklich friedliches Nebeneinanderleben aller Menschen, so streben Sie ein Gesetz an, das die Kirche ganz und gar aus der bürgerlichen Gesellschaft heraushebt. (Sehr richtig!) Darum sagen wir in unseren Motiven zur Tagesordnung: Was Sie verlangen, führt nicht zum Frieden, sondern zur Herrschaft, zur Ueberhebung. Ebenso ungenügend sind Ihre Forderungen bezüglich der Presse. Im Interesse des Landes, der Freiheit, um jede Veroächtigung unmöglich zu machen, bitte ich Sie, für unsre motivirte Tagesordnung zu stimmen.

Dr. Windthorst (Meppen) Ich für meine Person würde viel weiter gehenden Anträgen meine Zustimmung schenken, allein wir mußten uns auf den Rahmen der Bundesverfassung beschränken, und dieser umfaßt nur das Preß- und Vereinswesen. Die Lehre, der Staat sei viel zu vernünftig, um die Censur wieder einzuführen, das Versammlungsrecht abzuschaffen, sei sehr interessant von den Herren des Fortschrittes; ich bin der Meinung, daß wir Garantie dafür verlangen müssen, daß nicht Zustände eintreten können, wie wir sie jetzt seit 2 Jahren in Hannover haben. Wollten Sie die heutige Verhandlung vermeiden, so müßten Sie gefl. nicht die Nr. 16 (Preß- u. Vereinswesen) in den Artikel 4 aufnehmen. Aber Sie wollen nur Recht und Freiheit für sich, nicht für Andere. (Der Präsident bemerkt dem Redner, daß er mit dieser Bemerkung die Grenzen parlamentarischer Ordnung überschritten habe.) Wenn Hr. Löwe sagt, wir hätten bei der Vergewaltigung der protestantischen Kirche mitgewirkt, so erwidere ich, daß wir in jedem einzelnen Falle thun, was wir für recht und richtig halten; ich erinnere in dieser Beziehung an unsere Opposition gegen Herrn v. Mühler in der hessischen Kirchenfrage. Wenn man uns sagt, wir hätten diese unliebsame Debatte hervorgerufen, so erinnert das an die Fabel vom Wolf und Lamm, womit ich nicht sagen will, daß Einer von Ihnen ein Wolf ist; (Große Heiterkeit!) Sie hätten die Nr, 16 des Art. 4 nicht ohne Noth schaffen sollen, weil der Art. 15 der preußischen Verfassung schon allen berechtigten Ansprüchen genügt.

v. Blankenburg. (Naugard) Im Namen meiner Parteigenossen und wie ich glaube auch im Namen vieler anderer Mitglieder des Hauses weise ich die Insinuation zurück, als wollten wir die berechtigten Ansprüche der Katholiken nicht anerkennen; ich bedaure, daß die Behauptung schon bei der Wahlagitation gebraucht wurde. Der Herr Bischof von Mainz — — (Der Präsident rügt, daß wiederholt schon dieser Ausdruck gebraucht wurde; er könne nicht dulden, daß ein Mitglied anders als nach seinem Namen oder nach seinem Wahlkreise genannt werde.) und seine Gesinnungsgenossen möge doch nicht die Glaubenskämpfe wieder heraufschwören, welche so lange den Konfessionsfrieden störten. (Sehr gut!) Ich bedaure, daß Sie (die Katholiken) sich in dieser Weise hier im Hause organisirt haben; es wird Ihnen nichts nützen, daß Sie sich die Fraktion des Centrums nennen, die Welt wird Sie stets als das nennen, was Sie sind. (Sehr wahr!) Die Herren des Centrums erkennen selber an, daß man im preußischen Staate die Rechte der Kirche gewahrt sind u. doch wollen sie diese Rechte auf die Bundesgesetze übertragen? Mir ist dieser Schritt zu gefährlich, ich sehe im preußischen Herrenhause einen wirksameren Schutz wie in den

Zur Signatur der socialistischen Bewegung.

Als die internationale Liga in der Schweiz ihre Freiheits- und Friedenscongresse abzuhalten begann, nahm die Welt an diesen Versammlungen nur denjenigen Antheil, den man einer Curiosität zuzuwenden pflegt, sie folgte staunend der Entwickelung der communistischen Theorien und den erregten Debatten, die sie begleiteten, ohne auch nur die leiseste Ahnung davon zu haben, daß diese Theorien eines Tages praktisch zur Geltung gelangen könnten. Ein gewisser Zusammenhang unter den socialistischen Elementen der Arbeiterbevölkerung von ganz Europa war allerdings vorhanden, das zeigten die socialistischen Bestrebungen, welche unter den Arbeitern der verschiedensten Länder stets unter denselben Erscheinungen und unter Hindeutung auf dieselben Ziele bald gleichzeitig bald in wechselnder Zeitfolge in England, Frankreich, Italien, in Belgien und Oesterreich und auch bei uns in Deutschland hervortraten.

Es ist noch unvergessen, wie vor zwei Jahren Herr Schweitzer im Norddeutschen Reichstage sein socialistisches System entwickelte und der Versammlung alles Ernstes versicherte, daß die brennendste Frage der Gegenwart die Ausgleichung des Gegensatzes zwischen Besitzenden und Besitzlosen auf dem Punkte stehe, gelöst zu werden, und wenn es auf andere Weise nicht geschehen könne, durch den Kampf der beiden Parteien bis aufs Messer. Auch diese socialistischen Kundgebungen hatten kaum eine andere Folge, als die allgemeine Verwunderung darüber, daß so unmöglich erscheinende Dinge, wie die Umformung der bestehenden staatlichen Verhältnisse in communistischem Sinne überhaupt zum Gegenstande der Debatte in einer gesetzgebenden Versammlung gemacht werden konnten. Das Recht des Arbeiters, den Preis für seine Arbeit selbst zu bestimmen und durch Arbeitseinstellung en masse in die Höhe zu schrauben, welches durch die Norddeutsche Gewerbeordnung anerkannt wurde, wäre wohl auch ohne Bemühungen der Socialdemokraten im Reichstage statuirt worden, aber selbst angenommen, daß die Anerkennung dieses Rechtes in einem Deutschen Gesetzbuche auf Rechnung dieser Partei zu setzen wäre, so ist damit die Reconstruction des Staatswesens im socialistischen Sinne doch keineswegs angebahnt.

Eine ungleich günstigere Gelegenheit zur Verwirklichung socialistischer Tendenzen wie im Norddeutschen Reichstage boten die durch und durch corrumpirten politischen und socialen Verhältnisse Frankreichs dar, die durch den Deutsch-Französischen Krieg in ihrer ganzen Blöße zu Tage traten und diese Gelegenheit ist denn auch von der internationalen Liga auf's Eifrigste benutzt worden, um von den Worten zur That überzugehen. Die Hauptstadt Frankreichs befindet sich vollständig in ihrer Gewalt und wenn man Proclamationen der pariser Communisten Glauben schenken darf, so hätten außerdem fünfzig größere Städte Frankreichs sich bereits der communistischen Bewegung in Paris angeschlossen. Von der Versailler Regierung ist bisher nur eingeräumt, daß die Insurgenten gegenwärtig sich noch in Marseille, Narbonne und St. Etienne einen gewissen Einfluß bewahrt hätten, es ist jedoch trotzdem leicht möglich, daß noch eine Anzahl weniger bedeutender Städte sich in den Händen der Communepartei befindet, die zu nennen Thiers für unnöthig erachtet.

Der wichtigste Erfolg, den die internationale Liga in Frankreich errungen hat, ist, daß ihre Anhänger Paris beherrschen und Regierung und Nationalversammlung sind so lange jeder Macht und jedes Ansehens im Lande baar, bis es ihnen gelungen ist, den verlorenen Einfluß über die Hauptstadt Frankreichs wieder zu gewinnen. Die internationale Liga wird das von ihr occupirte Terrain mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln festzuhalten und zu erweitern suchen und ein Ende ihrer Herrschaft ist zunächst nicht abzusehen. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß die Pariser Commune die Verwirklichung der communistischen Principien der Liga versucht und der Welt entweder den Beweis der Ausführbarkeit ihrer Völkerbeglückungspläne liefert, oder durch die unüberwindlichen Hindernisse, welche sich der Uebersetzung der Theorie in die Praxis entgegen stellen, ad absurdum geführt wird.

— Das Gluckdenkmal zu Weidenwang in der Oberpfalz, dem Geburtsort des Tondichters, wird am 4. Juli, dem Geburtstag desselben, enthüllt werden. Die Colossalbüste von Konrad Knoll wird auf ein 7 Fuß hohes Piedestal aus rothem salzburger Marmor zu stehen kommen. Zu den Sammlungen für dieses Denkmal sind noch kurz vor Beginn des Krieges aus Paris, wo bekanntlich Gluck seine Haupttriumphe gefeiert hat, reiche Gaben geflossen.

instruirten Räthen des Herrenhauses. Sie, m. H. vom Centrum, haben ja unter sich einen hervorragenden Kenner und Vorahnen des christlich germanischen Styls; (Heiterkeit!) helfen Sie uns, die Grundpfeiler des deutschen Reiches im christlich germanischen Style auszubauen, aber wir werden dabei ein scharfes Auge haben, daß Sie uns auf diese Pfeiler keine römischen Kapitäler setzen. (Bravo!)

Dr. Barth (Rothenburg a/T.) Der Antrag Reichensperger ereifert sich für Preßfreiheit, ich habe aber noch keinen geistlichen Erlaß gelesen, der für die Preßfreiheit eintritt, vielmehr stellt jede Allocution die Preßfreiheit als ein Werk des Teufels hin, sie muß also doch wohl gegen die Gesetze Gottes verstoßen (Sehr gut!) — Redner erklärt sich weiter gegen den Reichenspergerschen Antrag, so wie gegen beide Anträge auf motivirte Tagesordnung; das junge deutsche Reich sei glücklicherweise in der Lage, die religiöse Gesetzgebung den Einzelstatten zu überlassen, sollten sich diese in der Folge dazu zu schwach erweisen, dann sei es noch Zeit, die Competenz des Bundes anzurufen. —

Kiefer (Baden) erklärt sich gegen den Reichenspergerschen Antrag, durch denselben werde ein Vertrag mit Rom geschlossen,schlimmer wie alle Concordate.

v. Mallinckrodt (Ahous.) Unsere Gegner beschütten uns mit einem wahren Mitrailleusenfeuer (Heiterkeit!), allein die verschossenen Patronen haben gar keine oder doch nur wenige Kugeln (Oho!), man bringt eine Menge Anklagen vor, aber keine Beweise. Redner wünscht, daß endlich einmal alle Parteien das Mißtrauen gegen die Katholiken schwinden lassen, und nicht dasselbe durch Aufthürmung immer neuer Vorurtheile schärfen.

v. Rabenau sucht die unschuldige Auffassung des Art. 15 der preußischen Verfassung seitens der Katholiken zu wiederlegen.

Bebel (Merane). Jedem, der mit religiösen Dogmen gebrochen, koste es große Ueberwindung der Debatte beizuwohnen. Wenn die Regierung sich nicht scheue, bei der redaktionellen Feststellung der Verfassung materielle Aenderungen derselben vorzunehmen, so könne es auch nicht inopportun sein die Grundrechte in dieselbe aufzunehmen. Freilich, politische Kinder müßten es sein, die von dem Könige von Preußen in einem Augenblicke, wo er über 1 Million Bajonette verfügt, absolute Vereins- und Preßfreiheit fordern; das sei kindisch. So lange das Parlament nicht die Macht hat, diese Dinge zu nehmen, werde es dieselben vom preußischen Könige nicht erhalten, und wenn sie in jeder Session dreimal gefordert würden. Er hoffe, daß, noch bevor das Neunzehnte Jahrhundert zu Ende geht, Deutschland auch volle Freiheit habe.

Miquel (Waldeck). Er wolle nicht auf die Aeußerungen des Vorredners heute eingehen; diese Herren seien vorläufig noch für Deutschland sehr ungefährlich. Hr. v. Mallinckrodt dürfe uns unser Mißtrauen gegen die Katholiken nicht verargen. Gegen deren Einwilligung ist das deutsche Reich zu Stande gekommen, die klerikalen Blätter Bayerns haben noch kurz vor dem Kriege die Zertrümmerung Preußens, die Waffengemeinschaft mit Frankreich gepredigt. Hätten sie bei der Constituirung Deutschlands mitgewirkt, so würde ich es natürlich finden, wenn sie schon jetzt mit solchen Anträgen kommen; heute versteht es sich von selbst, daß wir dieselben so lange abweisen, bis sie gezeigt, daß sie ehrlich an der festen Begründung Deutschlands mitarbeiten wollen. Redner kritisirt dann noch die Tragweite des Art. 15. der preußischen Verfassung und versichert, daß wir uns vor der angeregten wichtigen Frage nicht fürchten, aber deren Vertagung bis dahin wünschen, wo man sie in Ruhe zur Zufriedenheit der Protestanten und der deutschen Katholiken erledigen könne. — Nach Annahme eines Vertagungsantrages und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die Sitzung um 4¾ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Tagesbericht vom 4. April.

Das erste Zusammentreffen zwischen den Truppen der versailler Regierung und der pariser Commune ist gestern (den 2.) plötzlich erfolgt. Die Armee von Versailles hat St. Cloud und die Seine-Linie besetzt und mehrere Tausend aufständischer Nationalgarden, welche Courbevoie, Puteaux und die Brücke von Neuilly besetzt hatten, in die Flucht geschlagen. Der Kampf scheint ein sehr ernstlicher gewesen zu sein; die Truppen der Regierung gingen energisch vor und nahmen die von den Aufständischen besetzten Barricaden. Es wurden viele Gefangene gemacht und die geschlagenen Insurgenten, die sich retteten, werden den Muth ihrer Genossen in Paris nicht erhöhen. Dieser Anfang als erste Waffenprobe ist wenigstens für die Cummune kein günstiges Omen.

Die Physiognomie von Paris ist sehr düster, seitdem die Commune das Schreckensregiment vollständig entfaltet, die bestehenden Institutionen über den Haufen wirft und auf das empfindlichste in alle Privatverhältnisse eingreift. So hat sie jetzt ein Gesetz vorgeschlagen, wonach Wechsel unter 500 Francs gestrichen, Wechsel von 500 bis 2000 um die Hälfte, von 2000 bis 5000 Frcs. um ein Drittel reducirt werden. Erst die Wechsel über 5000 müssen voll bezahlt werden. Das „Mot d'Ordre" fordert die Auflösung nnd den Verkauf aller Kirchen und Klöster. Die „Liberté" meldet: Im Stadthause herrscht die größte Verwirrung. Ein Anschlag daselbst kündigt an, daß die Municipalcasse für Zahlungen der Coupons des Stadtanlehens und für Rentenzahlungen geschlossen ist. — Die Commune hat ferner eine Druckerei gekauft, um Noten zu emittiren. Der Druck von Zehnfrancsnoten hat bereits begonnen. Die Commune beschäftigt sich auch mit der Ausschreibung eines Zwangsanlehens. Die Befugnisse des bisherigen Centralcomité's sind dem Nationalgarden-Obercommando übertragen. An den Hausthoren des Credit Lyonnais (Boulevard des Capucins) wurde am 31. März angeschlagen, daß die Bureaux geschlossen bleiben. Allgemein wird angenommen, daß sämmtliche Banken, weil sie gefährdet sind, diesem Beispiel folgen werden

Die monarchische Partei macht gegenüber dieser gespannten Lage die größten Anstrengungen. Die katholische „Westmünster Gazette" erfährt aus „höchst zuverläßiger Quelle", daß der Graf von Paris den Grafen Chambord nicht allein als das Haupt des Hauses Bourbon, sondern als den rechtsmäßigen König Frankreichs anerkannt hat. Bis erst vor ganz Kurzem stellte es der Graf von Paris als Bedingung seiner Lehnstreue, und der des Hauses, dessen Haupt er ist, daß die Rechte des Grafen von Chambord auf den Thron Frankreichs dem Votum des Volkes unterzogen werden sollten. Zu gleicher Zeit weigerte sich aber der Graf von Paris, zu sagen, ob er die Krone refüsiren würde, falls sie ihm durch ein Plebiscit übertragen werden sollte. Solche Bedingungen konnten selbstverständlich von den Legitimisten nicht acceptirt werden, es sei denn durch eine Preisgebung ihrer Principien. „Wir sind indeß nun im Stande, zu constatiren, daß der Graf von Paris die Rechte des Grafen von Chambord ohne Vorbehalt anerkannt hat. Dadurch hat sich das Haupt des Hauses Orleans von mehreren Mitgliedern seiner Familie getrennt, die, den Traditionen ihres Hauses getreu, fernerhin eine orleanistische Faction bilden werden. Zwischen dem Grafen von Paris und dem Herzog von Aumale ist es in der That zu einem offenen Bruche gekommen.

— Ein pester Blatt erhält aus St. Petersburg folgende Mittheilung: „Wie ich Ihnen als bestimmt melden kann, steht die Veröffentlichung einer neuen Brochüre des durch seine publicistischen Streifzüge zu einem gewissen Renomme gelangten Generals R. Fadjejew unmittelbar bevor. Die Aushängebogen derselben machen hier schon in einem Kreise von Eingeweihten die Runde. So viel man auf diesem Wege erfährt, bildet das neue Libell ein Seitenstück oder vielmehr eine Ausführung zu der letzten Arbeit desselben Autors „die Streitkräfte Rußlands", ist jedoch mehr politischen, als militärischen Inhalts. Besonderes Interesse dürfte die Publication in Oesterreich-Ungarn dadurch erlangen, daß sie sich fast ausschließlich mit der Eventualität eines Krieges zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn beschäftigt. In einem solchen Zweikampfe erblickt Fadjejew das einzige und alleinige Mittel zur Lösung der orientalischen Frage in russischem Sinne. Sein Motto ist denn auch: „Die orientalische Frage kann nicht in Konstantinopel, sondern muß in Wien gelöst werden." Bemerkt wird ferner, daß Fadjejew die Alliance mit Preußen ganz außer Combination läßt, vielmehr von der Voraussetzung ausgeht, Rußland würde in einem Kriege gegen Oesterreich-Ungarn allein dastehen, wogegen letzteres jedenfalls die Türkei an seiner Seite hätte."

— Die „theilweise Umgestaltung des Ministeriums Hohenwart" in Oesterreich, wird jetzt von einem ungarischen Blatte, das in der Regel gut unterrichtet ist, in bestimmtere Aussicht gestellt, und zwar soll sich diese Umgestaltung in dem Sinne vollziehen, daß das Festhalten an der Decemberverfassung und dem Dualismus in dem Regierungsprogramm entschiedener als bisher betont und die Harmonie zwischen der äußeren und der inneren Politik hergestellt werden soll. Diese Andeutung, so vorsichtig sie auch gefaßt ist, spricht doch klar genug aus, daß man es in den leitenden Kreisen nothwendig findet, das stille Walten des Ministeriums zu begrenzen. Die allgemeine Versicherung, daß die Regierung auf dem Boden der Verfassung stehe, reicht nicht mehr aus, um die Besorgnisse zu beseitigen, welche sich der weitesten politischen Kreise bemächtigen. Es giebt Mittel, die Verfassung auf formell verfassungsmäßigem Wege zu beugen, und man besorgt, daß das Ministerium solche Mittel in Anwendung bringen werde. Die deutsche Bevölkerung Oesterreichs ist entschlossen zur Abwehr der gegen den Geist u. das Wesen der Verfassung gerichteten Angriffe; sie hat den Conflict nicht zu scheuen, da sie nur ihr gutes Recht vertheidigt und ihr daher der Sieg nicht fehlen kann. Eine andere Frage ist es aber, ob es dem Staatsinteresse entspricht, die Deutschen Oesterreichs in die Opposition zu drängen und die besten Oesterreicher in ihren Gefühlen und Interessen zu verletzen. — Die erste Voraussetzung einer befriedigenden „Umgestaltung" des Ministeriums ist das Fallenlassen jener staatsrechtlichen Projecte, die darauf hinauslaufen, die legislativen Befugnisse der Landtage auf Kosten des Reichsrathes zu erweitern. Wir gehen gar nicht so weit — schreibt das wiener „Fremdenbl." —, zu verlangen, daß das Ministerium Entwürfe vorlege, die eine allseitig befriedigende Lösung der Verfassungsfrage enthalten; wir sind schon zufrieden, wenn die staatsrechtlichen Pläne, die angekündigt wurden, im Papierkorbe Schutz gegen alle Anfechtungen finden. Da das Ministerium Hohenwart sich selbst die Kraft und Fähigkeit nicht zutraut, die Revision der Verfassung mit der Wahlreform durchzusetzen, so möge es sich überhaupt an der Verfassungsfrage nicht versuchen, deren Lösung erfahrungsmäßig durch jeden von unberufener Hand eingeleiteten Lösungsversuch erschwert wird. Es sind sehr geringe Ansprüche, welche an dieses Ministerium gestellt werden; es soll nur nichts verderben und insbesondere die Welt mit Entwürfen verschonen, die, so viel Fleiß man auch daran gewendet haben mag, zur Rettung Oesterreichs gewiß nichts beitragen werden. Oesterreich hat vor Allem das Bedürfniß der Stabilität, und ist nur durch diese zu retten. Experimente, wenn sie sich auch als Rettungsversuche präsentiren, sind verwerflich, weil sie das Vertrauen auf die Sicherheit des öffentlichen Rechtes tief erschüttern. Namentlich ein Experiment, das sich in föderalistischer Richtung bewegt und die Centralvertretung zu schwächen bezweckt, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Zustand der Presse in Warschau.

Die Frage, warum die warschauer Censur seit einiger Zeit die ausländischen Zeitschriften viel strenger als früher behandelt, findet ihre Erledigung darin, daß seit der im vorigen Jahre stattgefundenen Reorganisation des warschauer Censurcomités die ganze Verantwortlichkeit auf den Censoren lastet, während früher auf den wöchentlichen unter dem Vorsitze des Präsidenten abgehaltenen Sitzungen der Censor sein Urtheil über jedes der gelesenen Bücher durch Stimmenmehrheit der Mitglieder des Conseils entweder bestätigen oder verwerfen ließ, wodurch er selbst von aller Verantwortlichkeit frei wurde. Vor Kurzem ist der wirkliche Staatsrath Rüschoff aus St. Petersbnrg zum Präsidenten des Warschauer Censur-Comitee's ernannt und damit die Reorganisationsthätigkeit des bisherigen zeitweiligen Präsidenten Fuchs abgeschlossen worden — zur großen Befriedigung der Warschauer Zeitungs-Redacteure und Buchhändler, von denen letztere, größtentheils Deutsche, durchaus nicht wußten, wie sie sich mit ihm verständigen sollten, da Herr Fuchs, obwohl der deutschen Sprache mächtig, nur russisch mit ihnen conversirte. Wie weit sein Eifer für Russification ging, erhellt daraus, daß er den Herausgebern der zwei gelesensten Tagesblätter „Warschauer Courier" und „Tages-Courier" russische Redacteure aufzwingen wollte, weil diese es doch am besten verständen das schwanke Schifflein der Tagespresse sicher durch das stürmische Element der öffentlichen Meinung zu steuern! Die Herausgeber oben genannter Blätter theilten diese Meinung nicht, und die Folge davon war, daß der in den Annalen der Zeitungsliteratur bisher unerhörte Fall eintrat: eine Zeitung erschien erst einen, oft sogar zwei Tage später als an dem Tage, für welche sie bestimmt war! — Wenn Jemand Montag in's Theater gehen wollte, erfuhr er Dienstag Abends oder Mittwoch früh, welches Stück am Montag gegeben wurde; telegraphische Depeschen verloren ein oder zwei Tage später den Reiz der Neuheit, eine noch größere Verwirrung entstand durch die zu spät mitgetheilten Börsencourse und Annoncen, die für den laufenden Tag berechnet waren, verloren vielleicht schon ihre Bedeutung für den folgenden. Die in St. Petersburg angestellten Klagen hatten nicht den mindesten Erfolg; die Zeitungen erhielten die prädestinirten Redacteure und erschienen dann wieder zur rechten Zeit. Nicht minder Aufsehen erregte es, als Herr Fuchs kurz vor Abschluß seiner Reorganisationsthätigkeit in einer der ersten Kunsthandlungen Warschau's über ein halbes Hundert Photographien von Göttern und Göttinnen des Olymps confiscirte, welche, die Venus Aphrodyte an ihrer Spitze, sich Jahrhunderte lang in allen Museen ruhig hatten bewundern lassen, ohne ihrer leichten Bekleidung halber von der Polizei molestirt zu werden. Man will wissen, daß er in Folge dessen ein Beglückwünschungsschreiben von einer hochgestellten berliner Persönlichkeit erhalten habe, eine Nachricht, die wir jedoch nicht verbürgen können. — Es bleibt uns nun nur noch zu erwähnen übrig, daß die Abtheilung der periodischen Presse, die früher unter der Direction des Geimraths Pawlischtscheff stand, seit der Reorganisation des Censurwesens im Königreich Polen wieder mit dem Censurcomité verbunden ist.

Deutschland.

Berlin, den 3. April. Ratenzahlung von 500 Mill. Die öffentlichen Tagesblätter enthalten die Notiz, daß bereits vor einiger Zeit die erste Ratenzahlung von 500 Mill. erfolgt sei; uns wird berichtet, daß eine solche Zahlung noch nicht stattgefunden.

— Der Königl. Hof hat für die verwittwete Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Schwerin die Trauer auf 8 Tage angelegt.

— Die Adresse des Reichstages an den Kaiser ist in Folge kaiserlicher Anordnung gestern, Sonntag, Mittags 12 Uhr durch den Präsidenten Simson und die durch das Loos bestimmte Deputation von 30 Mitgliedern dem Kaiser überreicht worden, welcher seine besondere Genugthuung über die Einmüthigkeit, mit welcher die Adresse beschlossen wurde, geäußert hat.

Die Antwort des Kaisers an die mit der Ueberreichung der Reichstags-Adresse betraute Deputation lautet wie folgt: „Ich habe die verlesene Adresse mit herzlichem Danke entgegengenommen. Ich freue Mich der Gesinnungen, welchen der Reichstag in derselben Ausdruck gegeben hat, sie beweist, daß die Worte meiner Thronrede durchaus richtig ergriffen worden sind. Wohl ist dem Heldenmuthe der deutschen Heere, die mir zu führen vergönnt war, und ihren unvergleichlichen Thaten Dank zu zollen, vor Allem aber der göttlichen Vorsehung, deren Finger man bei jedem Schritt so deutlich erkennen konnte, wir wollen uns bestreben, stets so zu handeln, daß ihr Schutz auch ferner uns nicht fehle. Der Reichstag hat der Niederlage Frankreichs gedacht, das auch jetzt noch, nachdem es mit uns

Frieden geschlossen, in Convulsionen liegt. Darin zeigt sich die Folge der seit 80 Jahren immerwährenden Revolution, die Alles bis auf die Dynastie entwurzelt hat und auf deren Wegen es kein Ende giebt. Das soll auch uns eine Warnung sein, deren es aber bei den von dem Reichstage kundgegebenen Gesinnungen nicht bedarf. Wohl ist in den dem Deutschen Reiche zurückgewonnenen Ländern die deutsche Volksthümlichkeit nicht zerstört, aber doch sehr verwischt; dürfen deshalb keine so rasche Wandlung erwarten, sondern müssen Geduld und Nachsicht üben. Es wäre ja nicht einmal wünschenswerth und gut, wenn Völker bei einem solchen Scheiden aus dem bisherigen Zusammenhange gleichgiltig blieben. Durch Milde werden wir die deutsche Gesinnung in den in Rede stehenden Ländern wiedererwecken; erfreuliche Spuren davon beginnen schon jetzt sich zu zeigen. Mögen denn die Vertreter des Deutschen Reiches in treuer Pflichterfüllung fortarbeiten, damit das neue Deutsche Reich den Erwartungen entspreche, die die Welt davon hegt. Mir, bei Meinen vorgerückten Jahren, wird es nur noch vergönnt sein, an dem Grundbau thätig zu sein; aber ich vertraue, daß Meine Nachfolger in gleichem Sinne, mit gleicher Innigkeit und Herzlichkeit daran fortbauen werden. Ich bitte Sie, Meine Worte und meinen Dank dem deutschen Reichstage mitzutheilen."

— In Preußen sind gegen 70,000 Militärpflichtige aus den Geburtsjahren 1846 bis 1849 in Gemäßheit des § 140 des Strafgesetzbuchs angeklagt worden, ohne Erlaubniß entweder die preußischen Lande verlassen, oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb derselben aufgehalten und dadurch dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte sich zu entziehen versucht haben. Die Provinz Posen ist hierbei am meisten, Westfalen und Rheinland am wenigsten betheiligt.

— Zur Erinnerung an den großen Krieg gegen Frankreich, aus welchem die deutsche Einheit hervorging, soll ein eigenes großartiges Denkmal errichtet werden.

— Die elsässer Deputation ist mit gutem Resultat in die Heimath zurückgekehrt. Fürst Bismarck hat ihr schriftlich die Zusage ertheilt, daß beim Bundesrathe und Reichstage die Bewilligung der Mittel beantragt werden wird, welche erforderlich sind, um den Bewohnern des Elsaß und Deutsch-Lothringens den Ersatz der von ihnen erlittenen Kriegsschäden nach den nämlichen Grundsätzen und in dem nämlichen Umfange zu gewähren, in welchem diese Schäden den Bewohnern der übrigen Theile Deutschlands vergütet werden, oder vergütet werden würden, wenn sie von analogen Schäden betroffen worden wären.

— In Abgeordnetenkreisen will man wissen, daß die Eventualität der Erhebung von Contributionen in den von den deutschen Truppen occupirten französischen Gebietstheilen in den Bereich der Möglichkeiten gezogen worden ist.

— Fürst Bismarck trat in der Reichstagssitzung am 31. März zum ersten Mal der deutschen Volksvertretung gegenüber. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß er bei der Neugestaltung Deutschlands ungefähr auf demselben Boden steht wie die nationalliberale Partei; die warmen Worte, mit denen er den Ausführungen Laskers beitrat, waren mehr als eine bloße freundliche Form. So werden denn die Herren Conservativen, die stets der Welt und besonders ihren Wählern vorzuspiegeln trachten, daß sie allein die Regierung stützen, ihre Anwesenheit in der Volksvertretung allein derselben genehm sei, bald inne werden, daß die Schöpfer des neuen Bundes Hand in Hand gehen mit der freisinnigen Majorität des Reichstages. Fürst Bismarck steht über den Parteien, sagt die „Schl. Ztg." mit Recht in einem Gratulationsartikel zu dem gestrigen Geburtstage des Fürsten. Weder die Liberalen, noch die Conservativen können ihn als den Ihrigen betrachten. Am wenigsten die Conservativen von ehemals, welchen die deutsche Frage, vor Allem „Kaiser und Reich" ein Gräuel war, deren staatsmännisches Ideal in „der Lausitz wendischen Bezirken" zu suchen ist. Kein preuß. Staatsmann hat entschiedener gebrochen mit den veralteten Traditionen dieser Partei im Aeußern wie im Innern, als Fürst Bismarck, dessen Größe wesentlich darin besteht, daß er über jede Doctrin, nicht blos über die von Rotteck und Welcker, sondern ebenso über die von Stahl u. Gerlach vollständig hinaus ist. Erst durch ihn sind wir aus den knabenhaften Schulstreitigkeiten über „die beste Staatsform" in das Mannesalter der Realpolitik getreten. Und diesen Mann wollen heute noch Männer wie Kleist-Retzow, Brauchitsch, Senf-Pilsach, Diest als einen der Ihrigen reclamiren? Fast instinctiv und unbewußt reichen sich aber die gesunden conservativen Elemente unseres Staatslebens und der innerlich geläuterte Liberalismus die Hand, in Hinblick auf eine höhere siegreiche Idee, auf den alles beherrschenden nationalen Gedanken, welchem das edelste Herzblut unseres Volkes in Strömen geflossen ist. Am 1. April 1871 begrüßt das ganze deutsche Volk zum ersten Mal den Kanzler des Reiches an seinem Jahrestage. Von der nordischen Königsau bis zu den Felsenufern des Königssees im Süden des Reiches steigen tausend fromme Wünsche empor für den Wiederhersteller deutscher Macht und Herrlichkeit. Das deutsche Volk ist am heutigen Tage eine große nationale Partei. Nur zwei Arten von Menschen stehen mißvergnügt bei Seite, die „Rothen" u. die „Schwarzen", die ihr Vaterland nicht auf deutscher Erde haben; letztere wenigstens werden ihm nie sein großes Wort vergessen: „Woher kam die Zerrüttung des Deutschen Reiches? Vom Abfalle der Welfen und Ultramontanen." Und auch gestern wieder hat der Fürst gegen die Polen es wieder ausgesprochen, daß ihre Mandate ihnen nur von den „Katholiken" zu Theil geworden sind und sie nur im Interesse und in Verbindung mit jenen wirken können. Ein wahres Wort! Diese beiden Gruppen, die ihre Reichsfeindlichkeit deutlich erwiesen haben, die ein schwaches gelockertes Reich als Ziel ihrer Bestrebungen haben und sich deshalb heute mit der Demokratie, morgen mit der Reaction verbinden, muß bekämpfen wer es ehrlich meint mit der Zukunft Deutschlands. Und jene sogenannten Conservativen, welche, um gewählt zu werden, sich nicht scheuen, eine Verbindung mit diesen polnisch-katholischen Fractionen einzugehen, zeigen diese nicht, daß der persönliche Ehrgeiz ihnen höher steht als die Vaterlandsliebe, mit der die Herren so oft kokettiren? Solches Bündniß ist eine Schmach, die sich unfehlbar rächen muß.

Ausland.

Italien. Wie die „Breslauer Hausblätter" aus Rom mittheilen, ist von dem Rücktritt des Cardinals Antonelli als Staatssecretär die Rede.

Rom, 24. März. Wir hatten eine doppelte Friedensfeier, am Abend des letzten Sonnabends im Casino der deutschen Künstler und eine religiose, würdevollere in der preußischen Gesandschaftscapelle vergangenen Mittwoch, die zugleich den Geburtstag unseres Kaisers und Königs mitbeging. Obgleich die Folgen des Krieges von 1866 in den deutschen Künstlerverein einen Zwiespalt brachten, der mit dem Ausscheiden der Oesterreicher endigte, so fehlte doch die Theilnahme an der Friedensfeier auch von dieser Seite nicht ganz, eine ehrenwerthe Huldigung des nationalen Mitgefühls, das mit diesem Pfande der Sympathie Diejenigen genugsam beschämte, welche die Trennung vor vier Jahren veranlaßten, ehrenwerth aber auch des dabei leitenden Sinnes halber, welcher die politische Trennung der deutschen Gauen des Kaiserstaates Oesterreich sich doch nur als ein Provisorium denken kann. Ferdinand Gregorovius hielt eine schwungvolle Rede, nach dem Nachtmahle ging es sehr geräuschvoll her. Zu dem Gottesdienste in der preußischen Gesandtschaftscapelle war jede Confession brüderlich geladen, wirklich bemerkten wir auch Bekenner des alten Bundes. Die mit den schönsten Frühlingsblumen reich ausgeschmückten Räume waren von Andächtigen voll gedrängt, während der Predigt manche Thräne, manches Schluchzen, das Bemerkenswertheste aber war die Anwesenheit des bayrischen Minister, Grafen v. Tauffkirchen, welcher als Gesandter des deutschen Kaisers den Ehrensitz eingenommen hatte. Es ist dies das erste Mal, daß in dieser evangelischen Capelle seit ihrem 50 jährigen Bestehen ein deutscher Diplomat katholischer Confession im innigsten Einverständnisse mit den anders gläubigen Brüdern an der Spitze eines evangelischen Altardienstes stand. Dergleichen Zwischenfälle können unsere politische Zusammengehörigkeit nur festigen. Zum Schlusse dieser Friedens- und Geburtstagsfeier wurde zum ersten Male für den Kaiser, die Kaiserin und das ganze kaiserliche Haus gebetet.

Locales.

— **Kommunales.** Folgender Erlaß des Herrn Ministers des Innern v 13. v. M. ist durch die K. Regierung zu Marienwerder, in der bekannten Angelegenheit der zwangsweisen Erhöhung der Gehälter der hiesigen exekutiven Polizeibeamten, an die städtischen Behörden gelangt:

„Das Haus der Abgeordneten hat in der Sitzung vom 1. Febr. d J. bei Berathung des zweiten Petitionsberichts seiner Kommission für das Gemeindewesen, in Bezug auf die darin erörterte Petition der Stadtverordneten zu Thorn (II Nr. 70) betreffend die von der p. p. Regierung durch Erlaß vom 25. October 1868 verfügte zwangsweise Erhöhung der Gehälter einiger Polizeibeamten zu Thorn, beschlossen, diese Petition der Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der stenographische Sitzungsbericht vom 1. Februar cr. sowie der Kommissionsbericht Nr. 91 ergeben, mit welchen Gründen seitens der Staats-Regierung für die Legalität der angefochtenen in der Ober-Präsidial- und Ministerial-Instanz auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 für gerechtfertigt erachteten Anordnung eingetreten worden ist. Die dieser Darlegung im Hause entgegengestellten Ausführungen kann ich nicht als so überzeugend für die behauptete Ungesetzlichkeit der Anordnung anerkennen, um eine Wiederentziehung der fraglichen Gehaltszulagen den betheiligten Beamten gegenüber, welche durch die in Ausführung der Regierungs-Verfügung gefolgte Gewährung dieser Zulagen vom 1. Januar 1869 ab ein Anrecht auf deren Fortbezug erlangt haben, für zuläßig zu halten 2c.

Der Minister des Innern.
gez. Eulenburg.

— **Zur Reichstagswahl.** Herr Pfarrer Maranski lehnt, wie die „Gaz. Torun." berichtet, die weitere Bewerbung um die Abgeordnetenstelle zum deutschen Reichstage für den Wahlbezirk Thorn-Culm ab.

— **Lotterie.** Die Erneuerung der Loose zur 4. Klasse der K. Preuß. Klassen-Lotterie muß bis Sonnabend den 8. d. M. erfolgen. — Die Ziehung beginnt am 12. d. M.

⊙ **Musikalisches.** Der Sänger und Gesangslehrer Herr Hans trifft nebst Familie zum Osterfeste hier ein, um einige Gesangs-Koncerte zu veranstalten. Im Jahre 1866 waren die Konlerte dieser Familie sehr besucht.

— **Garnison.** Mit derselben Aufmerksamkeit, wie das Bat. Thorn des K. Landw.-Reg. Nr. 5, sind heute, d. 4 c., auch die aus Frankreich heimkehrenden Komp. der hiesigen Festungs-Artillerie bei ihrem Einzuge von der Kommune und der Bewohnerschaft empfangen worden.

— **Von der Freundschaft Rußland's** für Preußen, resp. Deutschland's Wohlfahrt weiß heute die „Kreuzztg." viel zu faseln. Eine bekannte Thatsache ist es, daß der Kaiser von Deutschland und der von Rußland in Freundschaft mit einander leben, der Neffe dem Oheim eine pietätsvolle Hochachtung bewahrt und bekundet, aber über dies persönliche Verhältniß erstreckt sich das vermeintliche Interesse Rußlands für Deutschlands Wohlfahrt nicht. Ja, man besorgt, daß das Verhältniß Rußlands, sobald der Tod die beiden Fürsten abberufen sollte, sich gegen Deutschland feindselig gestalten werde. Und nicht mit Unrecht. Abgesehen davon, daß der russische Thronfolger für einen enragirten Feind Preußens und Deutschlands gilt, so hat sich die russische Politik, wie die Geschichte lehrt, nie als eine wohlwollende für uns erwiesen. Wir brauchen zum Beweise dessen nicht auf den siebenjährigen Krieg zurückgreifen, in welchem die Barbaren die deutschen Gauen verwüsteten und der überhaupt lediglich in der Absicht unternommen wurde, daß Preußen niemals die Fähigkeit gewinnen sollte, der Gier Rußlands nach Polen sich widersetzen zu können; — die neueste Geschichte bietet hinlängliche Belege dafür, was es mit der Freundschaft Rußlands für Deutschland auf sich hat. Preußen sollte seine deutsche Mission nicht erfüllen, weil Rußland es als seinem Interesse widerstrebend erachtete. Preußen sollte die Schmach der dänischen Fremdherrschaft in Deutschland dulden, weil Rußland seine Nachbarn schwächen und erniedrigen wollte. Daß Preußen 1866 und in dem deutsch-französischen Kriege eine so ungeheure Macht erwarb, ist nicht Rußlands Verdienst und keineswegs nur darum möglich gewesen, weil Rußland neutral geblieben, sondern weil letzteres sich noch nicht so weit gesammelt hatte, daß es mit Deutschland einen Krieg bis aufs Messer wagen konnte. Heutzutage ist nicht Rußland uns, sondern wir sind ihm gefährlich, denn in Deutschlands Macht läge es, in Gemeinschaft mit Oesterreich, das unter gewissen Bedingungen leicht für einen Feldzug gegen das nordische Reich zu gewinnen wäre, ihm seine Ausfallsthore nach dem Westen und Süden Europa's zu nehmen, seine militärischen Lager nach Warschau und Riga zurückzudrängen. Indessen liegt eine solche Politik nicht im deutschen Interesse, Deutschland will in Frieden und Freundschaft auch mit Rußland leben. Das hindert freilich nicht, daß Deutschland sich auf den früher oder später unvermeidlichen Kampf mit der russischen Weltmacht genau so vorbereitet, wie Rußland das auch thut, denn Rußland hat die Grundlagen unserer Heeresverfassung bei sich eingeführt und wird immerhin in einem Jahrzehnt eine unserer Selbstständigkeit gefährliche Machtstellung einnehmen, der gegenüber Deutschland in seinem jetzigen territorialen Bestande ein unfertiges, noch nicht vollendetes Reich erscheinen muß. Es bedarf noch verschiedener Neubildungen in Westeuropa, ehe Deutschland eine wirksame Schranke gegen den russischen Eroberungsgeist bildet. —

— **Polizei-Bericht.** Vom 16. bis incl. 31. März sind 5 Diebstähle zur Feststellung, ferner:

7 Trunkene, und Ruhestörer, 4 liederliche Dirnen, 4 Bettler, zur Verhaftung gekommen.

187 Fremde sind angemeldet.

Briefkasten.

Eingesandt.

Berechtigte Reclamation.

Der § 13 g. des für Thorn gültigen Servis-Regulativs lautet: „Die Auszahlung der den Hausbesitzern noch zustehenden Vergütigung erfolgt sofort nach Feststellung und hat der Magistrat darauf zu sehen, daß Feststellung und Auszahlung halbjährlich noch vor Ablauf der Monate Juli und Januar vollständig bewirkt wird. Trotz dieser Bestimmung ist die Vergütigung für das 2. Semester 1870 noch nicht gezahlt. Die Hausbesitzer sind durch den Krieg, namentlich dadurch, daß die französischen Gefangenen in den Kasernen untergebracht waren, ganz ungewöhnlich mit Einquartierung belastet gewesen; beispielsweise hat der Besitzer zweier Grundstücke, außerhalb wohnhaft, daher nicht in der Lage, die Einquartierung selbst zu halten, seit dem 1. Juli v. J. bis 1. April d J. 170 Thlr. für Ausmiethung gezahlt; nun wird der Hausbesitzer auch noch dadurch geschädigt, daß ihm die Vergütigung dafür ungebührlich lange vorenthalten wird.

Wir fordern hiernach den Magistrat auf, seine Pflicht zu thun und darauf zu sehen, daß die Auszahlung, welche vor drei Monaten schon hat stattfinden sollen, endlich bewirkt werde, oder die Gründe anzugeben, welche die Auszahlung unmöglich machen. —

Aus dem königl. Hauptquartier zu Versailles sind s. Z. eine Menge von Berichten über die patriotische Hingabe unserer Mitbürger eingelaufen, die es sich angelegen sein ließen, den braven Soldaten auf dem Kriegsschauplatz eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Einzig in seiner Art steht aber ein Act der Mildthätigkeit Seitens des Commissions-Raths Hrn. Johann Hoff da, der dem Herzen Seiner Majestät des Königs besonders wohl gethan hat. Es sind nämlich bereits Anfangs Dezember von Herrn Hoff fünfhundert Thaler nebst einer Anzahl Medaillen, sowie 25 silberne Taschenuhren, welche eigens hierzu angefertigt, auf dem Zifferblatt das wohlgetroffene Bildniß Seiner Majestät tragen, an den König nach Versailles mit der Bitte gesandt, solche an besonders verdienstvolle Mannschaften, der Allerhöchsten Bestimmung gemäß, zur Vertheilung bringen zu lassen. Diese reiche patriotische Gabe hat nicht verfehlt, die gebührende Anerkennung in allen Kreisen unseres engeren oder weiteren Vaterlandes, wo sie zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde, zu finden. Aus dem Central-Hauptquartier zu Arnonville lief z. B. von dem Commandeur des 1. Garde-Regiments z. F. die amtliche Anzeige ein, daß ein Gefreiter, der selbst verwundet, seinen gleichfalls schwer verwundeten Compagnieführer während des heftigsten Feuers aus dem Gefechte trug, und so weit es seine Kräfte gestatteten, für ihn

Sorge trug, außer mit dem eisernen Kreuze auch mit einer Uhr von Hrn. Hoff auf Befehl Seiner Majestät ausgezeichnet und beschenkt wurde. Was von Herrn Hoff während der ganzen Dauer des Krieges bereits an zahllosen Liebesgaben an die verschiedenen Lazarethverwaltungen geopfert worden ist, darüber mögen lediglich die Thatsachen sprechen. Möchte Jeder seinen Kräften gemäß in gleicher Weise wirken, damit die unsäglichen Leiden des Krieges von unserem deutschen Volk in Waffen minder schwer empfunden werden.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 2. April cr.

Fonds:	fest.
Russ. Banknoten	$87\frac{1}{2}$
Warschau 8 Tage	$79\frac{5}{8}$
Poln. Pfandbriefe 4%	$70\frac{5}{8}$
Westpreuß. do. 4%	$82\frac{3}{8}$
Posener do. neue 4%	86
Amerikaner	$97\frac{5}{8}$
Oesterr. Banknoten 4%	$81\frac{3}{8}$
Italiener	$53\frac{7}{8}$
Weizen:	
April	$78\frac{1}{2}$
Roggen:	still.
loco	$52\frac{1}{2}$
April-Mai	$52\frac{1}{2}$
Mai-Juni	$53\frac{7}{8}$
Juni-Juli	$53\frac{3}{4}$
Rüböl: loco 100 Kilogramm	$26\frac{2}{3}$
pro Herbst do.	$26\frac{1}{3}$
Spiritus	still.
loco pro 10,000 Litre	16. 25.
pro Juni-Juli	17 15.

Getreide-Markt.

Thorn, den 4. April. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: regnerisch. Mittags 12 Uhr 2 Grad Wärme.
Bei mäßiger Zufuhr, Preise unverändert.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 70—73 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 75—78 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 78—80 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Roggen 120—125 Pfd. $46\frac{1}{2}$—$47\frac{1}{2}$ Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 41—46 Thlr., Kochwaare 50—53 Thlr. pro 2250 Pfd.

Spiritus pro 120 Qrt. à 80% $17\frac{1}{3}$—$17\frac{2}{3}$ Thlr.

Russische Banknoten $79\frac{3}{4}$, der Rubel 26 Sgr. 6 Pfg.

Danzig, den 3. April. Bahnpreise.

Weizenmarkt auch heute lebhaft zu ziemlich unveränderten Preisen. Zu notiren: ordinär-rothbunt, bunt, schön rothbunt, hell- und hochbunt, 116 — 131 Pfd. von 63 80 Thlr., sehr schön glasig und weiß 81—84 Thlr. pro 2000 Pfd.

Roggen flau, 120—125 Pfund 49—52 Thaler pro 2000 Pfd. im Detail etwas besser.

Gerste kleine 101—110 Pfd. nach Qualität von 42—45 Thlr., große 105—114 Pfd. nach Qualität von 44—48 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, feuchte, ord., 40 —45 Thlr., trockene nach Qualität 45—49 Thlr. gute Kochwaare von 49—51 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer nach Qualität. 45—47 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Spiritus 15 Thlr. bez.

Stettin, den 3. April.

Weizen, loco 60—80, per Frühjahr $79\frac{3}{4}$, per Mai-Juni 80, per Juni-Juli $80\frac{1}{4}$.

Roggen, loco 50 — 54, per Frühjahr $52\frac{1}{4}$, per Mai-Juni $53\frac{1}{2}$, per Juni-Juli $54\frac{1}{2}$ Br.

Rüböl, loco 100 Kilogramm $27\frac{1}{6}$, per Frühjahr 100 Kilog. $26\frac{2}{3}$, per Septb.-Oktbr. 100 Kilogramm 26 Br.

Spiritus, loco $16\frac{7}{8}$, per Frühjahr 17 Br., p. Mai-Juni $17\frac{1}{4}$, per Juni-Juli $17\frac{1}{2}$ Br.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 4. April. Temperatur: Wärme 1 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand: 7 Fuß 6 Zoll.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**